

2. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 13. Dezember 1958

301/A.B.

zu 316/J Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten Dr. G r e d l e r und Genossen haben am 22. Oktober d. J. an den Bundesminister für Finanzen eine Anfrage, betreffend Rückzahlung eines Betrages von 23,3 Millionen Schilling, gestellt, welche als Spende an die Landesparteileitung Wien der ÖVP gegeben wurden.

In Beantwortung dieser Anfrage teilt Bundesminister Dr. K a m i t z mit, daß die Geldgebarung Haselgruber¹ nicht der Kontrolle des Bundesministeriums für Finanzen untersteht und daher weder dieses noch der bei der Girozentrale bestellte Regierungskommissär die Rückzahlung der angeblich gegebenen Darlehen erwirken kann.

Soweit diese Geldgebarung der Kontrolle der Steuerbehörden unterliegt, - heißt es in der Anfragebeantwortung weiter - können die bei dieser Gelegenheit zur Kenntnis gelangten Tatbestände im Hinblick auf das Steuergeheimnis nicht mitgeteilt werden.

.....